

KRIMINALITÄT

Schärfere Gesetze gegen Produktpiraterie

Immer mehr gefälschte Produkte werden in Umlauf gebracht. SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Maier warnt insbesondere vor gefälschten Medikamenten und fordert strengere Strafen.



Eine kleine Auswahl von 104.000 vom Zoll beschlagnahmten Produktfälschungen wurde letzte Woche im Parlament ausgestellt.

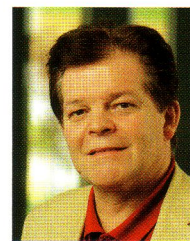
Es gibt kaum Konsumartikel, die vor Fälschern sicher sind. Lebensmittel, Medikamente, Elektrogeräte, Textilien, Sportartikel oder CDs, DVDs, Computer und Software werden im Bericht des Finanzministeriums aufgelistet. Letzte Woche hat nun der Nationalrat diesen Bericht, der jetzt erstmals vorliegt, diskutiert. Als besonders dramatische Entwicklung wurde die starke Zunahme der Fälschungen von Medikamenten registriert. So hat der österreichische Zoll 2007 42.000 Fälschungen aufgegriffen, zwei Jahre zuvor waren es erst 55 Stück. Der wichtigste Handelsplatz für gefälschte Medikamente und alle Arten der übrigen Imitate ist das Internet. Der Vertrieb erfolgt üblicherweise in Kleinmengen per Post

und ist deshalb für die Behörden äußerst schwer zu kontrollieren. Insgesamt beläuft sich der Gesamtwert der im Vorjahr beschlagnahmten Waren auf 15 Millionen Euro. Bei den insgesamt 104.000 aufgegriffenen gefälschten Artikeln sind Medikamente und Modeartikel mit jeweils mehr als 40.000 Beschlagnahmungen die größten Produktgruppen. Wie hoch das tatsächliche Volumen der in Umlauf gebrachten Produktfälschungen ist, lässt sich nicht genau abschätzen. Tatsache ist freilich, dass Produktpiraterie eine expandierende Branche der organisierten Kriminalität ist, mit enormen Gewinnspannen. Denn wie das Finanzministerium unter Berufung auf US-Quellen berichtet, kann etwa bei Medikamentenfäl-

schungen mit einem Einsatz 1.000 US-Dollar ein Gewinn von 500.000 Dollar erzielt werden. Bei gefälschten Zigaretten und gefälschter Software kann der Einsatz immer noch vervierzigfacht werden.

Dass diesem Thema jetzt seitens der Politik endlich breiter Raum gewidmet wird, ist vor allem SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier zu danken, auf dessen Initiative der Produktpirateriebericht zurückgeht. Er sagt: „Produktpiraterie darf nicht verharmlost werden, sie ist Teil der organi-

sierten Kriminalität.“ Maier drängt darauf, dass es in Österreich endlich klare gerichtliche Strafbestimmungen gegen Medikamentenfälschungen geben soll. Denn derzeit drohen dafür nur Verwaltungsstrafen, was in keinem Verhältnis zum möglichen Schaden für die Konsumenten steht. „Gefälschte Medikamente sind die gefährlichste Form der Produktpiraterie“, betont der Konsumentenschützer. ♦



Zimmer

„Produktpiraterie ist Teil der organisierten Kriminalität“, sagt SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier

SPÖ-Maier, 16.5.08

Fr 23.05.2008

Maier zu Lebensmittelsicherheit: Öffentlichkeitsarbeit des Gesundheitsministeriums muss verbessert werden

Utl.: Europäisches Schnellwarnsystem funktioniert

Mängel in der Öffentlichkeitsarbeit des Gesundheitsministeriums ortet SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier, wenn es um Fragen der Lebensmittelsicherheit geht. So habe es 2007 56 Warnmeldungen von Österreich bezüglich Lebensmittel an das Europäische Schnellwarnsystem (RASFF) gegeben, davon seien 41 Fälle nach dem LMSVG als "gesundheitsschädlich beurteilt worden (2006: 21 Fälle). Trotzdem habe das Gesundheitsministerium in den beiden Jahren jeweils nur in einem Fall Warnungen an die Öffentlichkeit weitergegeben. In 18 Fällen sei die Information der Öffentlichkeit durch die betroffenen Lebensmittelunternehmen erfolgt. In 58 Fällen erfolgte eine Rücknahme von unsicheren Lebensmitteln durch die Unternehmen und in 17 Fällen wurde die Rücknahme durch die zuständigen Behörden angeordnet. "Die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums muss dringend verbessert werden", folgerte Maier aus diesen Zahlen. ****

Die "Informationsmaßnahmen der Lebensmittelunternehmer seien einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt geworden, merkte Maier kritisch an. Außerdem seien die Konsumenten, die Produkte bereits gekauft hatten, bevor diese vom Markt genommen wurden, nicht informiert worden. "Die Frage bleibt, ob diese restriktive ministerielle Vorgangsweise durch die Lebensmittelbasis VO und das LMSVG gedeckt ist, oder nur eine einseitige Positionierung der Vollziehung d.h. des Gesundheitsministeriums und der AGES (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) darstellen", sagte der SPÖ-Konsumentenschutzsprecher.

Das Europäische Schnellwarnsystem RASFF funktioniert, lobte der SPÖ-Konsumentensprecher. Jedoch müsse man Kritik an der Veröffentlichungspraxis der EU-Kommission üben. Es fehle die Transparenz, es fehlen bei den wöchentlichen RASFF Veröffentlichungen die Namen der Produkte. In Großbritannien und in Dänemark sei die volle Information längst der Regelfall, unterstrich Maier. Die RASFF-Meldungen werden aufbereitet und inkl. Namen im Internet veröffentlicht. "Die überaus schwierigen - nicht merkbaren - Webadressen für RASFF erwecken überdies den Eindruck von geheimen Webseiten. Sie sind de facto nicht bekannt und werden von der EU-Kommission auch nicht beworben", kritisierte der SPÖ-Abgeordnete.

Das RASFF haben die Aufgabe die Öffentlichkeit europaweit aufzuklären, wenn ein hinreichender Verdacht besteht, dass ein Lebensmittel oder ein Futtermittel ein Risiko für die Gesundheit von Mensch oder Tier mit sich bringen kann, erklärte Maier. Im Jahr 2007 seien insgesamt 2.745 unterschiedliche Meldungen über RASFF an die Mitgliedstaaten weitergeleitet worden. Davon waren 875 Warnmeldungen über Waren, die möglicherweise am europäischen Markt sind und 1.870 Informationsmeldungen über Waren, bei denen davon auszugehen ist, dass sie nicht am europäischen Markt sind, wie z.B. Zurückweisungen an der EU-Außengrenze, abgelaufene Waren etc. Unter den Warnmeldungen betreffend der Lebensmittel, bei denen die Möglichkeit des Inverkehrbringens in Österreich bestand, wurden durch die AGES im Jahr 2007 288 Lebensmittel als gesundheitsschädlich beurteilt. (Schluss) sl/mm

Rückfragehinweis: SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275, Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

Achtung: Gift im Essen

Derzeit erreichen Meldungen über gefährliche Lebensmittel die Konsumenten kaum. Konsumentenschützer und SPÖ-Nationalrat Johann Maier wollen Warnungen in den Geschäften sehen.

Thomas Neuhold

Salzburg – Geht es nach AK-Konsumentenschützer und SPÖ-Nationalratsabgeordnetem Johann Maier sollen an den Supermarktkassen bald eigene Tafeln hängen, auf denen vor gesundheitsschädlichen Lebensmitteln gewarnt wird – vergleichbar mit Reisewarnungen des Außenministeriums für bestimmte Staaten oder Regionen.

Diese Information soll möglichst verständlich gehalten sein, also auch Hersteller und Produktnamen enthalten. Dazu kommen Informationen über die Art der Gefährdung. Und da sind die Möglichkeiten vielfältig. Sie reicht von der Blausäure in der Betelnuss über Salmonellen in Geflügelprodukten bis zu Pestiziden im Gemüse, Parasiten in Fischfilets oder Dioxinen in Käse und Fischleber. Vorbild für Maiers Vorstoß für die

im Herbst geplante Neufassung des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes sind Großbritannien und Dänemark. Hier werden die im Rahmen des EU-Schnellwarnsystems zur Lebensmittelsicherheit erfassten Produkte im Netz veröffentlicht.

Die derzeitige Informationspraxis in Österreich wie auch vonseiten der EU-Kommission bevorzuge zu sehr „die Interessen der Lebensmittel- und Agrarindustrie“, meint Konsumentenschützer Maier. Immerhin seien vergangenes Jahr vom EU-Schnellwarnsystem insgesamt 2745 Meldungen über gesundheitsschädliche Lebensmittel an die Mitgliedstaaten weitergegeben worden. 875 Warnmeldungen haben laut Gesundheitsministerium Waren betroffen, die am europäischen Markt waren.

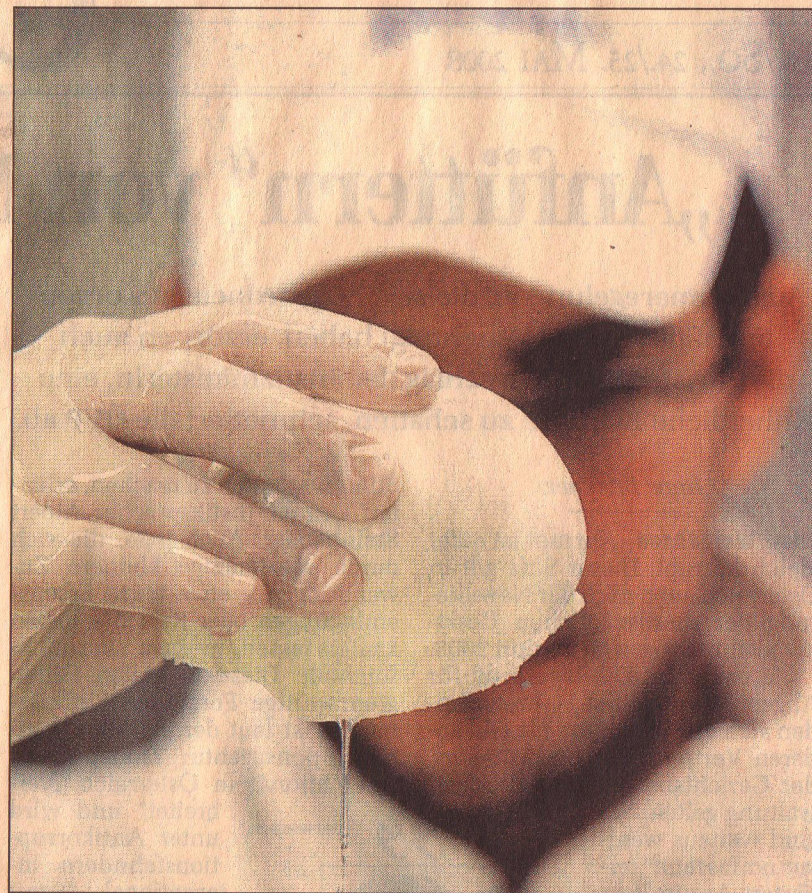
Wobei Maier auch die Effektivität der Kontrollen an den EU-Außengrenzen bezweifelt: Im Hafen von Rotterdam würden nur rund sieben Prozent der ankommenden Ladungen untersucht. Von all den Warnungen sei in den vergangenen

Jahren vom Gesundheitsministerium jeweils nur eine direkt an die Österreicher weitergeleitet worden, berichtet Maier. 2006 war dies giftiger Stechapfelsamen in Hirse, 2007 ein verseuchtes Dorschlebererzeugnis.

In 58 weiteren Fälle hätten 2007 die Unternehmen selbst Rücknahmeaktionen gestartet, in 17 Fällen seien behördliche Rückrufaktionen erfolgt. Nach der derzeitigen Informationspolitik würden jedoch Konsumenten, welche bereits gekauft hätten, davon kaum etwas mitbekommen, so Maier.

Wobei er auch durchaus positive Entwicklungen auf Ministeriumsseite sieht. So werde auf der Homepage der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (Ages) inzwischen auch konkret informiert. Beispiel der Woche: eine mit Bakterien belastete türkische Rohwurst, deren Genuss zu „schweren Durchfallerkrankungen“ führen kann.

DER STANDARD **Webtipp:**
www.ages.at



Dioxin im Büffelmozzarella: Konsumentenschützer fordern mehr Informationen über mögliche Gefährdungen durch Lebensmittel. Foto: EPA

„Nicht auf Politiker verlassen“

Ex-Landesrat Paiarl entlastet Herberstein teilweise, Anwalt legt neue Rechnungen vor

KURZ GEMELDET

OBERÖSTERREICH

Fünffachmord: 500 Leute bei Begräbnis der Eltern